

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Veranlagungsbeiträge kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsbeiträge werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Blumehausen Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 99. Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Ein Jahr Kriegs- und Lehrzeit.

Zwölf Monate sind vergangen seit dem Unglückstage, an welchem die blutigen Kriegswürfel über Europa und darüber hinaus zu rollen begannen. Völkerkriechen sind seitdem geschlagen worden, Blut ist geflossen, Kulturwerte wurden zerstört in einem Umfange, der auch nicht annähernd in den größten Kriegen der Vorzeit erreicht wurde. Alles was uns die Weltgeschichte von den Völkeraufstößen im Altertum, im Mittelalter und in der Neuzeit berichtet, ist weit, weit in den Schatten gestellt durch das unbeschreiblich gigantische Ringen, dessen Mitlebende und Mitleidende wir sind. Solange Menschen unseren Planeten bewohnen, werden sie sich erinnern der Massenschlachten in Ostpreußen, Polen und Galizien, in Flandern, in Lothringen und in den Argonnen, um die Dardanellen und im österrösch-italienischen Alpengebiet, der unerhörten Kämpfe in der Luft, auf und unter dem Meere.

Das alte Europa tracht in seinen Fugen. In den entlegenen Erdteilen spielt die aufgeregte Menschheit die Fernwirkungen dieses Weltbebens. Noch ist kein Ende der Schrecknisse abzusehen, noch magt sich der Friedensengel nicht unter die grimmig Stretkenden, obgleich sein Erscheinen von allen Völkern mit heiligem Jubel begrüßt würde.

Was die Menschen sonst erst in Menschenaltern lernten, das — und mehr als das! — konnten sie lernen während dieses einen Kriegsjahres. Wieviel Leute haben wir unter uns noch, die unter Weisheitsgetöse einen „frisch-fröhlichen Krieg“ als ein Erfordernis der „menschlichen Höherentwicklung“ preisen können? Die am weitesten ab vom Schicksal geblieben sind, die allerdings füllen noch Zeitungsblätter mit der blutrünstigsten Kriegsdiplomatie. Jene aber, die vor dem Feinde wirklich heroische Taten vollbrachten, die nicht genug zu rühmenden Kämpfer und Dulder draußen im Granatenregen, sie schauten dem Krieg in sein fürchterliches Antlitz, sie erlebten erschütternd seine entsetzliche Schauerlichkeit. Und sie werden, wenn die Friedensglocken die Waffenruhe und die Heimkehr der Krieger verkünden, die feurigsten Kämpfer für die Erhaltung des Weltfriedens stellen!

Wir alle haben in diesem Kriegsjahr gelernt, lernen müssen, ob wir wollten oder nicht. Was haben wir alles befürchtet und gehofft! Verhältnismäßig rasch hat sich das deutsche Wirtschaftsleben nach einer ungeheuren Erschütterung dem ihm von dem Ring der Feinde aufgezwungenen Zustand des „geschlossenen Handelsstaates“ angepaßt, wodurch die schlimmsten Beschränkungen betreffend riesenhafte gewerbliche Zusammenbrüche und Arbeitslosigkeit nicht eingetroffen sind. Durch das Mittel der Organisation wurden die verfügbaren Produktionskräfte schneller als man zu hoffen wagte „umorganisiert“. Die wirtschaftlich Schwachen sind größtenteils durch rasch neu organisierte Kreditgewährung gestützt, den Arbeitslosen ist bis auf einen Rest, der geringer ist als in manchen früheren Wirtschaftskrisen, Arbeit und Brot beschafft worden. Keine Frage, daß der Krieg trotzdem noch ungeheuer viel wirtschaftliche Not für unzählige im Gefolge hat. Von den Blutopfern ganz zu schweigen. Aber im ganzen genommen haben doch diejenigen, welche „sicher“ den Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft im Kriege voraus sagten, nicht Recht behalten. Wer von jenen zum Umlernen fähig und gewillt ist, muß einsehen, daß die Gewerkschaften mit ihrer Ablehnung der „Katastrophentheorie“ die Dinge weit zutreffender als die „Zusammenbruchstheoretiker“ beurteilt haben, und wir gut daran tun, auch ferner die Verwirklichung der sozialen Forderungen der Arbeiterchaft auf dem Wege systematischer Organisationen, auf dem Reformarbeit anzustreben.

Gewiß, fast alle Volksgenossen glaubten nicht an eine so lange Kriegsdauer, besonders nicht, als die ersten Kriegswochen den stürmischen Vormarsch der deutschen Heere nach Westen brachten. Jetzt halten sie dort ungefähr dieselben Linien besetzt, welche sie bereits vor etwa zehn Monaten einnahmen; und im Osten ringt immer noch überlegene Führerkunst und außerordentliche soldatische Lichthigkeit mit dem Koloss zaristischer Massenaufgebote. Die Kriegführenden richten sich auf einen Winterfeldzug ein, was vor einem Jahre ernstlich auch wohl von keiner der Heeresleitungen als wahrscheinlich angenommen worden ist. Wer zum Lernen fähig ist, muß (war er früher anderer Ansicht) nun einsehen, daß sich Völker nicht „vernichten“ lassen nach den bombastischen Rezepten der Zeitungspapier- und Werbeberufungsstrategen. Das trifft nicht zuletzt auf das von einer gewaltigen Feindesüberzahl zu Lande und zu Wasser umringte deutsche Volk zu.

Wer noch anfangs August 1914, vielleicht im Andenken auf das frühere Auftreten von verantwortlicher Säbelrasseleer auch in Deutschland, annehmen konnte, es handle sich für Deutschland nicht um einen Kampf, in dem es seine Existenz als mitteleuropäischer Großstaat und erstklassiger Welt handelsstaat zu verteidigen habe, der muß im August 1915 durch die nackte Tatsache einer gewaltigen Mächtevereinigung gegen uns eines anderen belehrt worden sein. Als wir in dieser Zeitung vom 3. August 1914 schrieben, wenn wir auch über vieles in Deutschland zu klagen hätten, so könnten wir darum doch nicht dulden, „daß Kosaken und echt-türkisches Kavalerieregiment den Sieg über Deutschland davonträgt“, da hatten wir es nur erst direkt mit Rußland zu tun. Nachher aber traten Frank-

reich, Großbritannien und Japan gegen Deutschland, Oesterreich auf. Später rückte auch unser „Bundesbruder“ Italien in dieses Weltverteilungshyndikat ein, und wenn bisher nicht noch mehr Staaten sich dieser Uebermacht gegen uns angeschlossen haben, so liegt das nicht etwa an einer zu geringen Hege gegen Deutschland, sondern es ist in erster Linie ein Erfolg unserer Volksgenossen und Arbeitsbrüder im Soldatenrock, die der stauenden Welt bewiesen haben, daß stählerne Einigkeit und furchtlose Tapferkeit ein schwer bedrängtes Volk unbesieglich macht! Wer also den gewaltigen feindlichen Ring um uns betrachtet, der muß bekennen: Wenn jemals ein Volk einen heroischen Verteidigungskrieg zu führen hatte, dann ist dazu jetzt das deutsche Volk genötigt, ganz gleichgültig, was für spezielle Vorgänge den Krieg zum Ausbruch brachten. Von diesem natürlichen Gesichtspunkt aus beurteilen wir die Kriegslage und richten danach alle unsere Handlungen ein.

Wie wir uns auch in der aufgeregtesten Kriegszeit nicht mitschuldig an der Erregung des Völkerhasses gemacht haben, so haben wir auch mit hoher Freude jedes, auch das schwächste Anzeichen der Wiederkehr des Friedens begrüßt. Die deutsche organisierte Arbeiterschaft und ihre Presse darf ohne Ueberhebung den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, absolut nicht an der Schürung des Kriegsfeuers teilgenommen zu haben und durch ihre gewählten gewerkschaftlichen, politischen und parlamentarischen Repräsentanten auch mitten im Kriegsälarm der Friedensidee nicht untreu geworden zu sein. Das kann man leider von allen ausländischen Vertretern der Arbeiterbewegung nicht beweisen, so sehr auch in dieser Hinsicht geschäftige Federn am Werke sind, auf Kosten der deutschen Arbeiterbewegung die ausländische zu rühmen. Wer sich einbildet, mit dieser Schönfärberei gewisser ausländischer Kriegsproklamationen (obendrein als Antwort gegeben auf friedensfreundliche Kundgebungen aus Deutschland!) dem Interesse der deutschen Arbeiterschaft zu dienen und ihre Zuneigung zu gewinnen, der tut gut, schleunigst umzulernen, um sich vor schweren Enttäuschungen zu bewahren!

Wer endlich der Meinung gewesen sein sollte, die gemeinsam ertragene Kriegsnot würde, wie in einem nationalistischen Organ kurz nach Kriegsausbruch zu lesen war, „die Schlacken unseres Erwerbslebens im Feuer der vaterländischen Begeisterung schmelzen lassen“, der hat beim Anblick und Ertragen der unaufhörlichen Preissteigerungen und der wüsten Spekulation auf dem Warenmarkt gründlich umlernen müssen, so schmerzlich gerade das auch sein möchte. Niemals war unser Geschäftsleben so unmoralisch als in dieser Kriegszeit, tief in gerechter Entrüstung ein bekannter bürgerlicher Sozialpolitiker aus. Es handelt sich hierbei gewiß nicht um ein „deutsches“ Uebel, denn der Lebensmittelmangel grassiert in allen Kriegführenden Ländern, auch in neutralen; aber gerade diese Erscheinung muß jeden belehren, die Volksausbeutung durch gewissenlose Spekulanten nicht als eine „zufällige“ Erscheinung zu bewerten. Das es nach dem Kriege, wenn die immerhin die Volksbewucherung jetzt beschränkenden behördlichen Maßnahmen fortfallen, besser würde, glaubt doch wohl kein Mensch. Auch die Regierungen müssen aus der Kriegszeit lernen, daß die Deckung der Volksbedürfnisse nicht mehr als ein bloßes privatkapitalistisches Geschäft betrachtet werden darf. Auf der einen Seite opfermütige Hingabe von Millionen und Abermillionen, heroisches Ertragen unsäglichem Leiden, auf der anderen Seite kalkfünftiges Rechnen und gefühlloses Gewinnmachen. Welch ein schreiender Gegensatz! Wer wollte daraus nicht lernen?

Was wir zu Beginn des Weltkrieges in der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 3. August 1914 tröstend, mahnend und anfeuernd unseren Lesern gesagt haben, das trifft auch für heute, nachdem der Kriegsturm ein Jahr durch die unglücklichen Lande brauste, ohne Einschränkung zu. Wir traten damals ein für die Landesverteidigung und tun es heute noch. Wir vertrauten damals der Volkseinkigkeit als der sichersten Gewähr für die sieghafte Abwehr aller feindlichen Angriffe und bauen weiter darauf. Wir gaben schließlich der damaligen wie der heutigen Volksstimmung zweifellos richtigen Ausdruck, als wir den Völkern einen baldigen, ehrenhaften, dauernden Frieden wünschten und schloffen:

„Niemand kann sehnelicher die Einkehr des Friedens herbeiwünschen, als die Fiesennasse der nun ohne ihre Gatten, Väter, Söhne, Brüder und Ernährer dastehenden Arbeiterfamilien. Wir bitten unsere nicht einberufenen Kameraden und Mitglieder, sich mit unserer Kameradschaftlichkeit trostreich der Familien unserer im Felde stehenden Berufsgenossen anzunehmen. Zeigt ihnen, daß die Verbandsmitglieder insbesondere eine große Familie darstellen, die sich in wahrer Brüderlichkeit der bedrängten Genossen annimmt. Das wird auch gute Früchte tragen für die Ausbreitung und Vertiefung der gewerkschaftlichen Solidarität. Treu zum Verbands stehen, auch das ist, nun erst recht, die Selbsterhaltungspflicht unserer Freunde und Kameraden. Treu zusammenhaltend werden wir die schwere Kriegszeit am besten überstehen. Bald komme wieder der Völkerfrieden! In diesem Wunsche vereinigen wir uns mit den edelsten Geistern aller Kulturnationen!“

zu deren Festsetzung dienen, um 1,25 Mk. bis 2,25 Mk. pro Tonne, die Verkaufspreise des Kohlenkontors sogar bis zu 4 Mk. pro Tonne erhöht worden. Die Bechen verdienten bis dahin schon meist 1, 2, 3, 3,50 Mk. und darüber an jeder Tonne. Trotzdem stellte die „Bergwerks-Zeitung“ schon in Nr. 113 vom 16. Mai eine weitere Preissteigerung in Aussicht, mit der Begründung: „Die erhebliche Steigerung der Selbstkosten ist kaum zu tragen. ... Man wird sich daher nicht wundern dürfen, wenn die Frage der Erhöhung der Kohlenpreise zur Erörterung gestellt werden würde. Wenn alles teurer wird, kann die Kohle allein nicht billig bleiben, besonders angesichts der Gewinne, die aus Kriegslieferungen erzielt werden.“

Nun hat der Beirat des Kohlenyndikats am 20. Juli beschlossen, die Richtpreise für Kohlen weiter um 1 Mk., für Koks um 1,25 Mk. und für Koks um 2 Mk. pro Tonne für die Zeit vom 1. September bis zum 31. Oktober 1915 zu erhöhen. Nach den bekannt gewordenen, teilweise recht guten Gewinnerschüssen kann aber nicht mehr gesagt werden, „die erhebliche Steigerung der Selbstkosten ist kaum zu tragen“, da muß schon ein anderer Grund gefunden werden, um diese Preissteigerung zu rechtfertigen. Aber die „Bergwerks-Zeitung“ ist darum nicht verlegen, sie schreibt in Nr. 174 vom 28. Juli:

„Seit Ausbruch des Krieges hat das Kohlenyndikat erst ein einziges Mal eine Preiserhöhung für Kohlen um durchschnittlich 2 Mk. für die Tonne vorgenommen, während die Kokspreise gleichzeitig um 1 1/2 Mk. ermäßigt wurden. Es war vorauszu sehen, daß bei dieser unzulänglichen Preismäßnahme die Dividenden und Ausbeuten der Bechen erheblich zurückgehen würden. Diese Erscheinung ist bei dem gewaltigen Kapital, das in der westfälischen Kohlenindustrie angelegt ist, für unsere gesamte Volkswirtschaft beklagenswert. Wenn nun zu einer weiteren Preiserhöhung gegriffen werden muß, so wird dies nicht zu dem Zweck geschehen, um nach dem Vorbild vieler anderer Industriezweige, deren Dividenden während der Kriegszeit auffällig gestiegen sind, außergewöhnliche Kriegsgewinne zu erzielen, sondern nur um einem weiteren Ertragsrückgang vorzubeugen, der bei unveränderten Preisen mit Sicherheit eintreten und den Haushalt fast aller Gemeinden im Industriegebiet auf das Empfindlichste treffen würde.“

Also nur die Sorge um das Wohl der Gemeinden treibt die Bechenbesitzer zu einer weiteren Preiserhöhung. Das ist wahrhaft klassisch!

Die „Köln. Volkszeitung“ (Nr. 613 vom 30. Juli) schreibt zu dieser Preiserhöhung:

„Die Ansichten darüber, ob diese Preisaufschläge gegenwärtig berechtigt sind, gehen natürlich sehr auseinander. Gestützt auf zuverlässige Angaben über die monatlichen Betriebsergebnisse einer Anzahl großer Bechen, welche in der jüngsten Zeit Gewinne aufwiesen, die mitunter noch größer waren als die der besten Friedensmonate des verfloffenen Jahres, können wir uns aber der Ueberzeugung nicht verschließen, daß solche Preisaufschläge nicht ganz berechtigt sind. Von gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß man dem Vorsitzenden des Kohlenyndikats, Geh. Kommerzienrat Kirzdorf, sogar den Wunsch unterbreitet hat, in der Versammlung dieses Syndikats den Vorschlag zu machen, die Preise für Kohlen um 3 Mark zu erhöhen. Angesichts dieser Tatsache fragt man sich doch, ob es denn überhaupt unbedingt erforderlich ist, daß die Bechenbesitzer ihre durch den Krieg entstandenen Mehrkosten voll und ganz auf die Verbraucher abwälzen. Können nicht auch sie Opfer für die Allgemeinheit bringen? Die verbrauchenden Gewerbe erwarten, daß man ihnen Brennstoffe zu Preisen abgibt, die es ihnen ermöglichen, wenigstens ohne Verlust zu arbeiten.“

Als im März d. J. die Bergarbeiterorganisationen eine Eingabe machten um Gewährung einer Feuerungszulage, da antworteten dieselben Bechenbesitzer ablehnend und begründeten diese Ablehnung u. a. wie folgt:

„Schließlich ist es eine bekannte Tatsache, daß derartige schematische Lohnerhöhungen leicht verstärkend auf die Tendenz zur Erhöhung der Preise des Lebensunterhaltes wirken.“

Wenn schon nach Meinung der Bechenbesitzer die Gewährung einer minimalen Feuerungszulage (gefordert wurden 60 Pf. für verheiratete und 40 Pf. für ledige Arbeiter pro Schicht) die „Tendenz“ hat, eine „Erhöhung der Preise des Lebensunterhaltes“ hervorzurufen, um wieviel mehr muß dann eine mehrmalige große Preiserhöhung der Brennstoffe diese „Tendenz“ haben! Oder glaubt einer der Bechenbesitzer, daß auch nur ein Bechter irgendeines gewerblichen Betriebes die Mehrausgaben für Kohlen aus eigener Tasche bezahlt? Jeder Kohlenverbraucher, der irgendwie in der Lage ist, die Mehrausgaben auf andere abzuwälzen, wird es natürlich als sein gutes Recht betrachten, dieses zu tun. Er kann obendrein für seine Handlungsweise genau dieselben Argumente ins Feld führen wie die „Bergwerks-Zeitung“. Im übrigen dürfte es auch der „Bergwerks-Zeitung“ bekannt sein, daß die Arbeiterschaft ihren Lohn bis auf den letzten Heller verfeuern muß. Ein recht wirksames Mittel also, die Steuereinnahmen der Gemeinden zu erhöhen, wäre eine durchgreifende und genügend große Lohnerhöhung für die Bergarbeiter. Eine ausreichende Lohnerhöhung sollte ja auch schon im 1. Vierteljahr 1915 eingetreten sein, wie von den Bechenorganen und sogar amtlich festgestellt wurde. Von den Bergarbeitern wurde eine erhebliche Lohnsteigerung dagegen bestritten. Und es scheint, daß sie recht haben, denn wenn die amtlichen und anderen Versicherungen zutreffen, warum ist dann die längst überfällige amtliche Lohnstatistik für das 1. Vierteljahr 1915 noch nicht erschienen? Jedenfalls trägt das Ausbleiben der längst überfälligen Lohnstatistik nicht zur Beruhigung bei, denn die Bergarbeiter machen sich darüber Gedanken, die für die Bergbehörde nicht günstig sind.

Im übrigen können die Bechenbesitzer auch ganz gut ohne Preiserhöhungen auskommen. Die Gewinne während der Kriegszeit sind gar nicht so gering, wie folgende Aufstellung zeigt.

Weitere Kohlenpreiserhöhung.

Schon bald nach Kriegsbeginn hat das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat einen Preisaufschlag von 3 Mk. pro Tonne für das Quantum Kohlen eintreten lassen, welches mehr gefordert wurde, als in den laufenden Lieferungsverträgen vorgegeben war. Nach einem Bericht der „Köln. Volksztg.“ vom 1. Sep-

tember 1914 aus Süddeutschland forderte das Kohlenkontor (Verkaufsstelle des Kohlenyndikats) „für seine Abschlässe nun einen Aufschlag von 10 Mk. pro 200 Zentner, für neue Käufe aber gar 20 Mk. mehr. Die außerhalb des Syndikats stehenden Großhändler forderten mindestens 20 Mk. mehr.“

Ab 1. April 1915 sind die Syndikatsrichtpreise, die bekanntlich nicht die Verkaufspreise sind, sondern nur als Grundlage

Zechen	im 1. Quartal in Markt		im 2. Quartal in Markt	
	1914	1915	1914	1915
Alle Haase	86 204	87 067	8 028	41 688
Caroline	47 704	24 928	48 048	81 719
König Ludwig	651 688	276 423	621 598	480 138
Graf Bismarck	1 078 527	714 402	1 165 250	1 208 447
Dorfteich	228 145	40 152	200 880	182 086
Mont-Cenis	471 870	555 507	608 277	595 807
Hohlingen	901 121	450 000	718 806	528 500
Schürbank u. Charlottenburg	58 845	58 807	80 247	54 240
Abler	208 728	178 801	188 885	228 185
Königsborn	775 985	874 980	608 788	528 584
Graf Schwerin	800 964	175 240	182 487	200 800
Gotteslegen	40 122	40 141	41 680	45 354

Ganz annehmbare Gewinne, wenn man bedenkt, daß nach Angabe der Grubenbesitzerorgane nur 70 Prozent der Normalförderung gefördert werden können.

Mit der Erhöhung der Selbstkosten ist es auch nicht so weit her. Es gibt unter den angeführten Zechen eine Reihe, welche den Gewinn pro Tonne während der Kriegszeit noch steigern konnten.

Die vorstehend aufgeführten Zechen stellen bei weitem etwa nicht die rentabelsten Betriebe dar. Verteilt doch die großen Werke geradezu glänzende Gewinne. So verteilten in den Jahren 1909-1913: Gutehoffnungshütte 100 Proz. = 30 Mill. Mark, Gelsenkirchen 50 Proz. = 20 Mill. Mark, Essener Bergwerksverein 101 Proz. = 8 585 000 Mark, Essener Steinkohlen-K.G. 50 Proz. = 9 500 000 Mark, Consolidation 105 Proz. = 21 Millionen Mark, Maximilianshütte 121 Proz. = 27 888 240 Mark, Sarpen 43 Proz. = 36 550 000 Mark; der Königs-Neuesener Bergwerksverein gar in den letzten drei Jahren 103 Prozent Dividende = 10 815 000 Mark. Nicht eingerechnet sind die gewaltigen Summen, welche in Form von Lantienmen, Belohnungen usw. ebenfalls wieder zum Teil in die Taschen dieser „notleidenden“ Leute geflossen sind.

Wenn von den Werksbesitzerorganen die Dividendenlosigkeit einzelner Betriebe hervorgehoben wird, so hat das wirklich nicht viel zu sagen. So hatte z. B. die Zeche Langenbrunn in Mittenfeld bei Essen im Jahre 1914 einen Betriebsüberschuß von 2 284 517 Mark gegen 3 276 614 Mark in 1913. Obwohl der Betriebsüberschuß noch nicht um ein Drittel gesunken ist, ist die Ausbeutezahlung von 1,8 auf 0,85 Millionen, also um mehr als die Hälfte gefallen. Wehmüßig steht es bei anderen dividendenlosen Werken. Nun kann es uns gleichgültig sein, nach welchem Schema die Zechen die Dividende bezahlen, aber mag man dann doch nicht eine Kohlenpreiserhöhung vornehmen und dabei von der Notwendigkeit dieser Maßnahme den Gemeinden gegenüber reden. Die Allgemeinheit hat kein Interesse an einer Preiserhöhung und die Lebenshaltung wird dadurch und nicht zuletzt auch die der arbeitenden Bevölkerung ganz erheblich verteuert.

Daß die Lage der Zechen keine so schlechte ist, bezeugt die „Bergw.-Ztg.“, welche in Nr. 38 vom 14. Februar d. J. schrieb:

„Die Ueberschüsse sind im 4. Vierteljahr 1914 gegenüber dem 3. überall wieder gewachsen und zwar bei den meisten recht ansehnlich. Uebrigens ist bemerkenswert, daß selbst im schlimmsten Vierteljahr, im 3. und drei oder vier Gewerkschaften mit direktem Verlust gearbeitet haben; die meisten hatten selbst im diesem Vierteljahr noch einen, wenn auch ganz erheblich verkleinerten Ueberschuß. Inzwischen ist die Nachfrage nach Kohlen anhaltend recht stark, so daß es schwer fällt, den Bedarf im Inlande zu befriedigen, geschweige denn die ausländische Kundschaft, insbesondere auch Holland, zu versorgen.“

Diese Zeilen sind vor der „einziges Mal“ vorgenommenen Preiserhöhung geschrieben.

Wehmüßig beurteilt die Gelsenkirchener Bergwerks-K.G. die Lage, wenn sie in ihrem Geschäftsbericht von 1914 („Bergwerks-Zeitung“ Nr. 77 vom 2. April 1915) u. a. schrieb:

„Wenn wir auch bis heute an unseren sämtlichen Anlagen im feindlichen Auslande keinen Schaden erlitten haben, so brachten uns doch die Monate August und September Betriebsverluste; ab Oktober

hatten wir aber wieder steigende Gewinne. Heute können wir mit vollem Vertrauen in die Zukunft blicken und aushalten bis zum erfolgreichen, dauernden Friedensschlusse.“

Wir meinen, daß bei solcher durch die Unternehmer selbst als günstig bezeichneten Lage eine weitere Kohlenpreiserhöhung nichts weiter bedeutet als einen Versuch, tatsächlich die Kriegszeit dazu zu benutzen, recht hohe Profite einzuhelfen.

Vollswirtschaftliche Rundschau.

Bundesratsverordnung gegen den Lebensmittelwucher.

Die vom Bundesrat am 28. Juli beschlossene Verordnung gegen den Lebensmittelwucher hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Werden Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungsmittel aller Art, sowie rohe Naturerzeugnisse, Fleisch und Schlachtstoffe, die vom Eigentümer zur Veräußerung erworben oder erzeugt sind und für die Höchstpreise nicht festgesetzt sind, dem Verbrauch vorenthalten, so kann das Eigentum auf sie durch Anordnung der Landeszentralbehörde oder der von ihr beauftragten Behörde auf eine in der Anordnung näher zu bezeichnende Person übertragen werden. Die Entscheidung dieser Behörde, falls die Voraussetzungen für die Anordnung vorliegen, ist endgültig. Die Anordnung ist an den Besitzer der Gegenstände zu richten. Das Eigentum geht über, soweit die Anordnung dem Besitzer zugeht.

§ 2. Der Uebernahmepreis wird unter Berücksichtigung des Einkaufspreises und der Güte und Verwendbarkeit der Gegenstände von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung von Sachverständigen endgültig festgesetzt. Einkaufspreise auf Grund von Verträgen, die in den letzten zwei Wochen vor der Bekanntgabe der Enteignungsverordnung an den Verkäufer oder vorher in der Absicht geschlossen worden sind, einen höheren Uebernahmepreis zu erzielen, werden bei Festsetzung des Preises nicht berücksichtigt.

Die Preisfestsetzung durch die höhere Verwaltungsbehörde bedarf der Zustimmung des Reichskanzlers, sofern der festgesetzte Uebernahmepreis 5 Prozent der Einkaufspreise übersteigt. Dieser ist eingeholen durch Vermittelung der Landeszentralbehörde.

Bei den nach einer bestimmten Frist aus dem Auslande eingeführten Gegenständen gilt als Mindestpreis der Einkaufspreis im Auslande. Es ist ein Zuschlag zuzubilligen, der unter Berücksichtigung der mit der Einföhrung verbundenen Kosten und Gefahren zu bemessen ist. Der Uebernahmepreis ist bar zu zahlen.

§ 3. Ueber Straftatbestände, die sich bei dem Enteignungsverfahren ergeben, entscheidet endgültig die höhere Verwaltungsbehörde.

§ 4. Die Landeszentralbehörde erläßt die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung und sie bestimmt auch, wer als höhere Verwaltungsbehörde anzusehen ist.

§ 5. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. Wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungsmittel und für Rohstoffe, sowie für Gegenstände des Kriegsbedarfes Preise forciert, die unter Berücksichtigung der Gesamterhältnisse, insbesondere der Marktlage, einen übermäßigen Gewinn enthalten oder solche Preise sich von einem anderen gewöhren und vorschreiben läßt.

2. Wer Gegenstände der bezeichneten Art, die von ihm zur Veräußerung erzeugt oder erworben sind, zurückhält, um durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen.

3. Wer, um den Preis für Gegenstände der erwähnten Art zu steigern, Vorräte vernichtet, ihre Erzeugung oder den Handel mit diesen Gegenständen einschränkt oder andere unlautere Machenschaften vornimmt.

4. Wer an einer Verarbeitung oder Verbindung teilnimmt, die eine Handlung der erwähnten Art zum Zwecke hat. Dabei kann in dem Urteil auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht. In dem Urteil kann ferner angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen sei.

Diese Verordnung wird unseres Erachtens an den obwaltenden Verhältnissen selber nicht viel ändern, dazu ist der Begriff „übermäßiger Gewinn“ schon viel zu behrbar, abgesehen davon, daß die Schuldigen wohl nur selten oder nie zu fassen sind.

Höchstpreise für Getreide.

Der Bundesrat hat die Höchstpreise für Getreide wie folgt festgesetzt:

215 Mark in Breslau, Bromberg, Danzig, Gleiwitz, Posen, Königsberg i. Pr.

220 Mark in Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Moskau, Schwerin i. M., Stettin.

225 Mark in Braunschweig, Bremen, Kassel, Emden, Erfurt, Hamburg, Hannover, Kiel, Misdau.

230 Mark in Aachen, Köln, Dortmund, Duisburg, Frankfurt a. M., Mannheim, München, Saarbrücken, Stralsburg i. Ost., Stuttgart.

Die Höchstpreise gelten nicht für Saatgetreide, das nachweislich aus landwirtschaftlichen Betrieben stammt, die sich in den letzten zwei Jahren mit dem Verkaufe von Saatgetreide befaßt haben.

Beim Weiterverkaufe des Saatgetreides dürfen dem Höchstpreise Beträge zugeschlagen werden, die insgesamt 4 Mark nicht übersteigen dürfen. Dieser Zuschlag umfaßt insbesondere Kommissions-, Vermittlungs- und ähnliche Gebühren sowie alle Arten von Aufwendungen ausgenommen die für Säde und für Fracht vom Abnahmestelle.

Wir beklagen, daß keine Ermäßigung der Getreidehöchstpreise eingeleitet ist, wie es besonders im Interesse der ärmeren Volksschicht erbartet werden mußte.

Verordnung gegen Unwürdigkeit der Kriegswohlhabler.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 nachfolgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wer zugunsten von Kriegswohlhabern eine öffentliche Sammlung, eine öffentliche Veranstaltung oder Beleuchtung, oder eine öffentliche Verteilung von Gegenständen veranstaltet, bedarf der Genehmigung der Landeszentralbehörde des Bundesstaats, in dessen Gebiet die Veranstaltung stattfinden soll. Die Landeszentralbehörde kann diese Befugnis auf andere Stellen übertragen, bevor die Genehmigung erteilt ist, darf die Veranstaltung nicht öffentlich angekündigt werden.

Die Genehmigung gilt nur innerhalb des Bundesstaates, für den sie erteilt ist. Für Ankündigungen in Zeitungen oder Zeitschriften genügt es, wenn die Veranstaltung von der zuständigen Stelle des Ortes erlaubt ist, in dem die Zeitung oder Zeitschrift erscheint.

§ 2. Vorstehende Vorschriften finden keine Anwendung auf Veranstaltungen zur Unterhaltung und Beleuchtung, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung bereits öffentlich angekündigt sind und innerhalb vier Wochen nach dem Inkrafttreten der Verordnung stattfinden.

Für bereits begonnene Sammlungen und Verteilungen ist die Genehmigung binnen vier Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung beizubringen, widrigenfalls sie eingestellt werden müssen.

§ 3. Mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 8 Monaten wird bestraft: a) wer ohne die erforderliche Genehmigung eine Unternehmung der im § 1 bezeichneten Art veranstaltet; b) wer als Veranstalter oder Auftragsnehmer in einer nicht erlaubten Veranstaltung der im § 1 bezeichneten Art mitwirkt; c) wer als Veranstalter oder Auftragsnehmer die ermittelte Genehmigung überschreitet oder den in der Genehmigung festgesetzten Bedingungen zuwiderhandelt; d) wer eine Veranstaltung der im § 1 bezeichneten Art öffentlich ankündigt, bevor die erforderliche Genehmigung erteilt ist.

Der Ertrag aus nicht erlaubten Veranstaltungen (§ 1) kann ganz oder teilweise für den Staat verfallen erklärt werden; der für verfallene erklärte Betrag ist nach den Bestimmungen der Landeszentralbehörde für Kriegswohlhabergelder zu verwenden.

§ 4. Wird eine der im § 3 mit Strafe bedrohten Handlungen durch die Presse begangen, so können die im § 21 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichsgesetzblatt Nr. 65) bezeichneten Personen nur verurteilt werden, wenn sie selbst Verursacher sind.

§ 5. Die Landesbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 6. Die Verordnung tritt am 1. August 1915 in Kraft. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmt der Reichskanzler.

Mit dieser Verordnung soll dem wilden unkontrollierten Sammeln durch private Personen ein Ende gemacht werden, womit man sich einverstanden erklären kann.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Steht den im Ausland verwundeten oder erkrankten Kriegsteilnehmern Krankengeld zu?

Laut § 313 der Reichsversicherungsordnung hat das Mitglied der Krankenkasse das Recht, sich freiwillig weiter zu versichern, solange es sich regelmäßig im Inlande aufhält. § 1 des Kriegsgesetzes vom 4. August 1914 bestimmt, daß dem Aufenthalt im Inland im Sinne des § 313 Abs. 1 der Aufenthalt im Ausland gleich gilt, wenn dieser durch die Einberufung des Mitgliedes zu Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Diensten verursacht ist.

Wer sein ihm durch den § 313 gegebenes Recht wahrnahm und sich freiwillig weiter versicherte, hat demnach Anspruch auf die Leistungen der Krankenkasse, deren freiwilliges Mitglied er ist, auch wenn er als Heerespflichtiger im Ausland erkrankt oder eine Verletzung erleidet. Verfümt ein zum Heeresdienst Eingezogener, sich freiwillig weiter zu versichern, so steht ihm nach seinem Ausschcheiden schmackvoll ausgestattete. Es ist auch ein geräumiges Gebäude für Konzerte und Theateraufführungen vorhanden; es finden sportliche Wettspiele u. dergl. statt. Alle Sonntage ist Konzert und Theater (ausgeführt von Gefangenen), wozu ebenfalls von Gefangenen ausgeführte Pleiade, zum Teil wirkliche Kunstwerke, einladen. Wenn aber das wegen der großen Feuergefahr ergangene strenge Rauchverbot (innerhalb der Gebäude) übertritten wird, dann bleibt zur Strafe am folgenden Sonntag das Konzert- und Schauspielhaus geschlossen. Auch der Genuß von Alkohol ist streng verboten.

Es ist wirklich erstaunlich, was in dem Gefangenenlager Friedrichsfeld speziell für die handwerkstätigen und geistige Ausbildung der Gefangenen getan wird. Höchliche Lehrwerkstätten und Schulen sind eingerichtet. Letztere für den Unterricht der unter den Russen massenhaft, aber auch unter den Franzosen und Belgiern zahlreich vorhandenen Analphabeten (des Lesens und des Schreibens ganz Unkundige). Diese Leute werden nun im „Barbarenlande“ von Lehrern in ihrer Muttersprache im Lesen, Schreiben und Rechnen unterrichtet! Das ist eine Kulturtat, auf die wir „Barbaren“ stolz sein können.

Für die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse der Gefangenen ist Vorkehrung getroffen durch die Errichtung eines nur für den Gottesdienst bestimmten großen Gebäudes. Hier wird an den Sonntagen abwechselnd in fünf Sprachen für vier verschiedene Religionsbekenntnisse Gottesdienst abgehalten, teils durch Gefangene, die im Zivilberuf Geistliche sind und die sich nun einer separaten Wohnung nebst eigener Beköstigung (die Geistlichen erhalten das Gehalt gefangener Offiziere, 60 Mark monatlich, außerdem die Lageraufwendungen) erfreuen, teils durch Geistliche, die eigens deswegen an bestimmten Sonntagen von auswärts kommen.

Sonst sind die Gefangenen — abgesehen von den Offizieren, die Extrabekleidung und Sonderfreiheiten genießen — in geräumigen Baracken, zu denen große Waschküchen und Küchen gehören, untergebracht. Die Beschäftigung ist so gut und reichlich, daß wir ruhig behaupten dürfen, sie ist besser und reichlicher als jetzt durchschnittlich in unserer Arbeiterbevölkerung. An dem Besuchsstage bestand das sauber hergerichtete Mittagessen aus Hammelfleisch mit Bohnen und Kartoffeln. Nach einem (vorwöchigen) Speisezeitel erhielten die Gefangenen morgens Kaffee mit Zucker und Milch, oder Wehl oder Bohnensuppe mit Gewürzkräutern, außerdem Brot, manchmal mit Käse. Mittags gab es jeweils Fleisch oder Fisch, Kartoffel mit Fett und meistens Gemüse, auch Kürbissenuppe. Abends gab es jeweils verschiedene Suppen, Kartoffelsalat mit Serrin, Grünjohann, auch Obst und Milchreis mit Zucker. Jeder Gefangene erhält täglich 300 Gramm Brot. Die Kartoffelration beträgt 100 Gramm. Außerdem gibt es noch Bedarf zu dem Fleisch und Gemüse entsprechende Gewürzkräuter. Wieviel unserer Arbeiterfamilien können sich das heute leisten? Einen großen Teil des Gemüse- und Kartoffelbedarfes gewinnt das Lager aus dem eigenen ausgedehnten landwirtschaftlichen Betrieb.

Dazu muß man wissen, daß die Gefangenen aus ihrer Heimat geradezu riesige Massen Liebesgaben erhalten, auch große Mengen Brot, weil die Deutschfeinde im Auslande die Lüge verbreiten, die Kriegsgefangenen müßten bei uns Hunger leiden. In der besondern großen Postkiste des Lagers kommen täglich ca. 5000 Pakete, im Juni kamen insgesamt 130 000 Pakete für die Gefangenen an! Monatlich laufen für sie allein etwa 115 000 Briefe ein und 185 000 gehen aus! Bei der Verteilung des Lagers gingen beispielsweise im April an Geldsendungen für die Gefangenen 195 000 Mark ein, der Gesamtumsatz dieser Gefangenenbank betrug bisher etwa eine Million Mark! Alle

Vielleicht auch du.

Auf blanken Schienen rollt der Tod durch's Land. Ich lausch' hinaus, den Atem angepaßt. In bangem Wehen schlägt mein Herz dazu: Vielleicht auch du!

Am Himmel loht ein ferner Feuerstein. Ein dumpfes Donnern mischt sich dröhnend drin. Ich fahr' empor aus lergen Schlafes Ruh': Vielleicht auch du?

Millionen Pulse pochen so im Takt. Millionen Herzen hat es so gepackt. Millionen Lippen flüstern so sich zu: Vielleicht auch du?

Genetzte Fürst.

Aus einem Gefangenenlager.

Woh! über eine Million Kriegsgefangener befinden sich in Deutschland. Diese Masse will untergebracht, ausreichend ernährt und im Kranheitsfalle zweckmäßig versorgt sein. Da die oberste deutsche Heeresverwaltung, der auch die Kriegsgefangenenfürsorge nach völkerrechtlichen Grundfragen anvertraut ist, auf eine so gewaltige Gefangenenmasse nicht rechnen konnte, ist es nicht verwunderlich, daß die anfängs des Krieges getroffene Fürsorge bei weitem nicht ausreichte und darum auch jetzt noch, weil der Gefangenenzustrom anhält, immer wieder Erweiterungen der Unterkunfts- und Verpflegungsräume vorgenommen werden müssen.

Zurzeit sind in Deutschland schon über 130 Gefangenenlager eingerichtet. Das größte Lager befindet sich bei Schneidemühl. Das zweitgrößte ist auf den weiten Fluren Friedrichsfelds bei Wesel, in sehr gesunder Gegend unweit des Rheintromes, angelegt. Hier waren schon 1870/71 französische Kriegsgefangene untergebracht, die damals selbst einen Teil der heute wieder benutzten Unterkunfts-räume hergestell hatten. Es war interessant, zu bemerken, daß nun wieder Säbne von jenen Franzosen sich in denselben Baracken befinden.

Durch die Freundlichkeit des Generalkommandos des 7. Armee-Korps war es am 28. Juli einer Anzahl rheinisch-westfälischer Pressevertreter ermöglicht, das richtige Kasernenlager in Friedrichsfeld einer sehr eingehenden Besichtigung zu unterziehen. Unter Führung des Lagerkommandanten, des Herrn Generalmajors Cederholm, und seiner nachgeordneten Offiziere ging die Besichtigung vor sich. Es soll Ihnen nichts verborgen bleiben, Sie sollen alles sehen; ist Ihnen etwas unklar, so fragen Sie nur! Mit diesen Worten leitete der oberste Offizier die hochinteressante Erklärung der Lageranordnungen ein; und nach diesem Programm ist gründlich verfahren worden. In der Tat hat die Lagerverwaltung nicht die geringste Ursache, eine Kritik ihrer Leistungen zu scheuen. Was in verhältnismäßig kurzer Zeit für die ertägliche Unterbringung und Verpflegung einer riesigen Menschenmenge getan werden konnte, das ist geschehen.

Das Lager beherbergt über 21 500 Kriegsgefangene, meistens Franzosen und Belgier, dann Russen und Engländer. Allerdings waren zurzeit etwa 14 000 auf Arbeitskommandos nach auswärts. Nach ca. 130 industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitsstätten sind auf

ihren Wunsch größere und kleinere Trupps von Gefangenen überwiesen. Glaubhaft wurde uns berichtet, daß die Gefangenen gern zur Arbeit hinausgingen, entriemen sie doch so immerhin vorübergehend der Lagerlangeweile und erzielen dabei einen gewissen Geldverdienst, den die allermeisten recht gut als „Zuschuß“ für die Befriedigung kleiner Bedürfnisse (Tabak usw.) brauchen können. Im Lager bleiben die Arbeitsunfähigen, Kranke und Verwundete, das teilweise auch aus den Gefangenen (Unteroffizieren, Sergeanten) entnommene untere Aufsichtspersonal und natürlich die sich nach völkerrechtlichem Brauch einer größeren Bewegungsfreiheit erfreuenden gefangenen Offiziere. Die französische Regierung hat bekanntlich deutsche Kriegsgefangene nach ihnen klimatisch gefährlichen afrikanischen Bezirken überführt. Dagegen hat die deutsche Regierung Verpflegungsmäßig ergriffen und darum dann auch etwa 1200 fast durchweg den „besseren Ständen“ angehörige französische Kriegsgefangene aus Friedrichsfeld nach Neuenkirchen überstellt, wo sie Kullivierungsarbeiten im Moorlande zu verrichten haben. Das ist zu Ende, wenn die deutschen Kriegsgefangenen aus Afrika zurückgeführt werden.

Das Prinzip der Lagerverwaltung Friedrichsfeld ist, möglichst alle Gefangene ihrem Können nach zu beschäftigen, was auch aus erzieherischen Gründen zu billigen ist. Wer dies bunte Gemisch der Gefangenenmasse gesehen hat, wer den geistigen Tiefstand namentlich der Masse der Russen in Betracht zieht, der kann sich vorstellen, daß es geboten ist, die Leute nicht träge dahindämmern zu lassen, sondern sie körperlich oder geistig zu beschäftigen.

Dieses Prinzip hat die Lagerverwaltung auch im Lager selbst durchgeführt. Nicht nur werden die Unterkunftsräume, Wirtschaftsgelände und auch die inneren Einrichtungen der Befahrungen usw., ebenfalls möglichst alle notwendigen Hausgeräte, Bekleidungsstücke usw., von den Gefangenen selbst (unter denen sich natürlich alle Arten von Professionisten befinden) hergestellt, weshalb eine Reihe von Werkstätten für Bau- und Möbelschüler, Schuhmacher, Schneider usw. eingerichtet sind, sondern darüber hinaus können sich die künstlerisch ausgebildeten oder veranlagten Gefangenen nach Wahl bei der Anfertigung von allerhand Gegenständen, z. B. Schmuckstücken, Steinbildnerie, Malereien, Zeichnungen für Lithographie, Handweberei, Seiden, Weigenbau usw. betätigen. Was da manche Leute mit einfachstem Handwerkszeug aus geringwertigem Material für Kunstgegenstände erzeugen, das ist wirklich erstaunlich. Ein besonderer Raum entfällt eine große Menge dieser verlässlichen Gegenstände; mancher Professorvertreter nahm sich ein Andenken mit. Der Geldreis fließt reißlos in eine Kasse, aus welcher die ärmsten Gefangenen, welche keine Liebesgaben zugeschickt erhalten, Zuwendungen bekommen.

Auf selbstfabrizierten Geigen (gewöhnliches Holz) trug ein Quartett von französischen Gefangenen den Besuchern einige vortrefflich abgestimmte Konzerte vor, die lauten und wohlberedigten Beifall erzielten. Ein Russenpaar exzultierte nach dem Klange einer Harmonika charakteristische Nationaltänze. Auch sie wurden lebhaft applaudiert, mit am lebhaftesten von dem Lagerkommandanten, Generalmajor Cederholm, der sich überhaupt, wie der Augenchein lehrte, hoher Achtung und vertrauensvoller Zuneigung „seiner“ Gefangenen erfreut. Ins kam der Gedanke: wenn alle „Gefangenenwärter“ bei aller Strenge so human besorgt sind um das leibliche und geistige Wohl ihrer Pflegebefohlenen, dann ist deren Los kein trauriges.

Der Lagerkommandant gewährt den Gefangenen alle Freiheiten und Unterhaltungen, die sich mit der selbstberthändlich notwendigen strengen Lagerdisziplin vereinbaren. Die Gefangenen können sich Blumengärten und „Parks“ anlegen; wir sahen einige äußerst ge-

aus der Krankenkasse, die mit seiner Erwerbslosigkeit eintrat, noch der Anspruch auf die Regelleistungen der Krankenkasse laut § 214 der WVO. zu, wenn der Versicherungsfall, also die Krankheit oder Verwundung, binnen drei Wochen nach seinem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung eintrat.

Da hier das Kriegsnotgesetz sowohl als auch das Knappschafts-Kriegsnotgesetz im § 1 nicht ausdrücklich wie im § 218 der WVO. bestimmt, daß der Aufenthalt im Ausland dem im Inland gleichzusetzen soll, so gibt es Versicherungsbüro, welche sich auf den Standpunkt stellen, daß nur der etwas erhalten könne, dessen Erkrankung oder Verletzung im Inlande binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit im Ausland von einer Kugel getroffen oder sonstwie verletzt wurden, auch aus sonstigen Gründen gezwungen sind, krank zu sein, würden nach der Auslegung dieser Versicherungsämter dann keinen Fennig Krankengeld erhalten.

Nach dem Oberversicherungsamt Dortmund hat jetzt so entschieden. Das Versicherungsamt Magdeburg stellte sich dagegen auf den Standpunkt, den auch wir für richtig halten, daß auch im Ausland die Krankenleistungen nach § 214 zu zahlen seien.

Es muß selbst wenn man von der Ehrenpflicht gegenüber dem im Felde Verwundeten absieht, daran festgehalten werden, daß der Aufenthalt im Ausland zur Verteilung des Vaterlandes dem im Inland gleichzusetzen ist. Als Aufenthalt im Ausland im Sinne des § 214 der WVO. ist schon immer der freiwillige Aufenthalt angenommen worden, ausgeschlossen die Ausländer, die aus dem deutschen Reich ausgewiesen wurden. Es heißt ausdrücklich im § 216 der WVO.: „Die Krankenhilfe ruht für Werdegeld, die sich freiwillig ins Ausland begeben.“ Es kann aber keine Rede davon sein, daß sich alle die Tausende von Krankenkassenmitgliedern, die sich heute in Polen, Frankreich und Belgien auf den Schlachtfeldern befinden, sich freiwillig dort hin begeben. Mein, als Dienstpflichtige besteht ein Zwang für sie, dort ihrer Pflicht nachzugehen. Es sollten deshalb nicht Hunderte von Feldern in Bewegung gesetzt werden und Dutzende Termine stattfinden, nur zu dem Zweck, einigen Tausend von auf dem Schlachtfeld im Ausland Verwundeten kein Krankengeld zu zahlen, sondern man sollte hier die günstigste Auslegung nehmen, und die ist, daß § 216 der WVO. nur vom freiwilligen Aufenthalt im Ausland spricht und ein solcher erst bei Verweigerung des Krankengeldes nach § 214 nach sich ziehen würde. Zu welchen Ungerechtigkeiten es führen würde, wenn man dem im Ausland Verwundeten die Krankenhilfe verweigert, dagegen im Inland zuspricht, braucht man wohl nicht noch näher zu erörtern. Die Grenzgebiete liegen oft nur einige Kilometer auseinander; wer nun im deutschen Dorfe krank wird, würde die Krankenleistungen erhalten, dagegen dem, dem im benachbarten russisch-polnischen Dorfe, das einen Kilometer von der Grenze liegt, dasselbe Schicksal ereilt, würde man sie verweigern. Schon dies zeigt die Unhaltbarkeit der Dortmund Entscheidung.

wie auch in den beiden Vorjahren, zur Erhöhung des Stammkapitals verwendet. Das Kohlenkontor hat nach seinen Angaben in den letzten vier Jahren inkl. dem Kriegsjahr folgende Ueberschüsse pro Tonne Verfaßt gemacht: 40, 65, 70, 65 Pf. Der Gewinn im Kriegsjahr ist demnach mehr als doppelt so hoch, als in dem dritten Vorjahr, und sogar noch 15 Pf. pro Tonne höher, als in dem letzten Hochkonjunkturjahre, das sich durch nie zuvor erreichte Gewinnhöhen auszeichnet!

Ein Uebergangssyndikat

soll nun, nachdem das bis zu dem vom Handelsministerium vorgeschriebenen Termin (15. September) kein Syndikat für die Dauer von fünf Jahren zustandekomme dürfte, zur Vermeidung der Zwangs-syndizierung im rheinisch-westfälischen Kohlenbecken geschaffen werden. Der für die Einigungsverhandlungen eingesetzte Ausschuss war dafür, unter Einschluß des Fiskus und aller bisherigen privaten Nichtsyndikatszweigen vom 1. Januar 1916 bis zum 31. März 1917 ein „Uebergangssyndikat“ zu gründen. Dazu werden folgende Einzelvorschläge gemacht:

Das Uebergangssyndikat soll unter Befreiung nachstehender neuer Beteiligung für die betreffenden Bergwerke vorgezeichnet werden. Dabei wird bemerkt, daß bis auf einige, durch die besondere Sachlage bedingte Abänderungen die Zahlen vorgeschlagen werden, welche der Ausschuss ursprünglich in seinen Vorschlägen für ein fünfjähriges Syndikat, und zwar als Beteiligung für das Jahr 1916, zu beantragen beabsichtigt hatte:

Table with 5 columns: Name, Beteiligung am Verkauf (Tonnen), Beteiligung am Verbrauch (Tonnen), Beteiligung am Verkauf (Tsd. T.), Beteiligung am Verbrauch (Tsd. T.). Rows include Vuberus, Königin Elisabeth, Mansfeld, Gelsenkirchen, etc.

In dem an die einzelnen Mitglieder gesandten Bericht heißt es dann weiter: Alle mit den fernstehenden Bescheidigen getroffenen Vereinbarungen, welche in allen Fällen die Genehmigung der Versammlung der Bescheidigen bezw. aller Vertragsschließenden selbstverständlich voraussetzen, sind durch die genehmigte Stellungnahme naturgemäß unzulässig und unwirksam geworden. Ausgenommen erachten wir nur die Vereinbarungen, welche bereits in der Versammlung der Bescheidigen vom 23. Januar und 8. Februar 1915 die einstimmige Zustimmung fanden.

Der Ausschuss beantragt sodann, der königlichen Bergwerksdirektion in Miedinghausen den Beitritt mit folgenden Vorbehalten einzuräumen:

- 1. Der Staat hat das Recht, seine Zugehörigkeit zum Syndikat jederzeit mit mindestens vierwöchiger Frist zu Beginn eines Vierteljahres zu kündigen mit der Maßnahme, daß er frühestens 14 Tage vor dem Ende der Kündigungsfrist den Verkauf seiner Erzeugnisse zur Lieferung nach dem Beginn des betreffenden Vierteljahres aufnehmen darf. Die Kündigung gilt auch für die Bergwerksgesellschaft Sibirnia, wenn diese in die Verfügungsmacht des Staates gelangt.
2. „Vetorecht“ des Handelsministers, wenn 80 Prozent aller Stimmen (ohne diejenigen des Staates) für die Verabsagung oder gegen die Erhöhung des Nichtpreises sind.
3. Der Staat hat das Recht, bis zu 450 000 Tonnen jährlich — Anrechnung für seine Beteiligung am Verkauf — in Betriebe des Reichs und Staates frei von der „Rechnungsumlage“ zu liefern, dafür also nur die „Tonnennulage“ zu bezahlen. Ueberführung der 450 000 Tonnen ist zulässig, wenn und soweit die Wahrung des öffentlichen Interesses unerwartet starke Bedienung der dem Staat zugehörigen Verbrauchsstellen mit Brennstoffen erfordert. Für diese Mehrmengen geht aber der Staat auch die Rechnungsumlage.
4. Noch zu vereinbarenden Bestimmungen darüber, wie dem Staat die Erhaltung seiner Handelsbetriebe ermöglicht werden soll.
5. Gewährung einer Beteiligung an der Beförderung im Kohlenkontor nach den Beförderungen, die der Staat in einem nach zu bestimmenden zurückliegenden Zeitraum durch seine Rheinschiffahrtsgruppe hat bewirken lassen.
6. Verpflichtung des Syndikats, einen Vertreter des Staates als Mitglied des Aufsichtsrates des Kohlenkontors zu bestimmen.
7. Der Staat bleibt frei von der Umlage, die nach § 33 Biffer 2 und 3 erhoben wird.

Sodann bleibt noch die Frage wegen der Verträge mit Händlern zu regeln. Aus der Verordnung des Bundesrats ist bekannt, und der Handelsminister hat es in den mit ihm gepflogenen Verhandlungen bestätigt, daß bei der zwangsweisen Bildung von Betriebsgesellschaften Vorverträge mit Händlern nicht anerkannt werden können, weil es sich nun bei den neuen Vorschlägen des Syndikats darum handelt, eine Einrichtung zu schaffen, welche — unter der Wahrung der privaten Eigenschaft und unter persönlicher Gleichstellung aller Beteiligten — einen geeigneten Ersatz der Zwangsvertriebsgesellschaft darstellt, so muß grundsätzlich eine Behandlung der Vorverträge derzeit erwartet werden, daß diese für die Dauer des vorgezeichneten Uebergangssyndikats außer Wirkung treten, wogegen man sich über Beteiligung der Händlern an dem Vertrieb der betreffenden Erzeugnisse verständigen können.

Der Ausschuss beantragt dann u. a. folgende Änderung des Syndikatsvertrages: In § 39 soll der Eingang des ersten Absatzes lauten: Dieser Vertrag wird bis zum 31. März 1917 abgeschlossen. Von den in diesem Paragraphen genannten Zeichen wird die Nieder-rheinische Bergwerksgesellschaft m. b. H. getilgt, weil ihre Schachtanlage durch Zübbingsbrück verunlückt ist; Förderung ist hier während der Vertragszeit auch nicht zu erwarten.

Ab§ 2 und Ab§ 3 von § 39 fallen fort; dagegen erhält der Paragraph folgende neue Bestimmungen: Ab§ 2. Wenn nicht bis zum 1. Januar 1917 eine Verständigung über die Erneuerung des Vertrages erzielt ist, soll jeder Beteiligte berechtigt sein, den Verkauf aufzunehmen, aber nur zur Lieferung nach dem 31. März 1917.

Ab§ 3. Wenn die Verwaltung der dem Staat gehörenden Bergwerke von dem Recht, mit vierwöchiger Kündigungsfrist zum Schluß eines Kalenderjahres aus dem Verträge auszuscheiden, Gebrauch macht, so hat der Vorstand des rheinisch-westfälischen Kohlenbecken-syndikats die Beteiligten von solcher Kündigung durch Einschreibebrief unverzüglich Mitteilung zu machen. Jedem Beteiligten steht alsdann das Recht zu, innerhalb einer Woche nach dem Empfang des Einschreibebriefes diesen Vertrag zum Schluß des laufenden Kalendermonats aufzukündigen. Die unter Biffer 2 dieses Paragraphen vorgesehene Freigabe des Verkaufes erfolgt in diesem Fall 14 Tage vor dem Ablauf des Vertrages, jedoch nur zur Lieferung nach dem Ablauf des Vierteljahres, an welchem der Vertrag zu Ende geht. Erfolgt indessen von keinem der Beteiligten eine solche Kündigung, so bleibt der Vertrag unter den übrigen Beteiligten des rheinisch-westfälischen Kohlenbecken-syndikats bestehen.

Schließlich beantragt der Ausschuss noch, zu genehmigen, daß die Deutsch-luxemburgische Bergwerks- und Hütten-W. G. das Recht erhält, aus ihrer Beteiligung am Verbrauch auch die durch Interessengemeinschaft mit ihr verbundene Rümeling und St. Ingberter Hütten-W. G. zu beliefern.

Ueber diese Vorschläge hatte eine Werksvertreterversammlung am 20. Juli zu entscheiden. Der Vorsitzende, Geheimrat Emil Kirdorf, erklärte, daß die Verhandlungen, soweit ein Syndikat auf fünf Jahre in Frage kommt, nach Ansicht des Erneuerungsausschusses auf Grund des gefälligen Eingreifens des Bundesrats nicht fortgesetzt werden können. Die Versammlung schloß sich der Auffassung Kirdorfs an, daß die Erneuerungsverhandlungen als gescheitert zu betrachten sind. Es soll nun auf Vorschlag des Erneuerungsausschusses versucht werden, ein Uebergangssyndikat zu bilden, das, ebenso wie der Stahlwerksverband, bis zum 1. April 1917 in Wirksamkeit bleiben soll. Die Mehrheit der bisherigen Syndikatsmitglieder, der Kartellbesitzer und der abgesehenen Zeichen, erklärte sich bereit, diesem Uebergangssyndikat beizutreten. Mit den wenigen Zeichen, die ihre Zustimmung noch nicht gegeben haben, soll weiter verhandelt und über das Ergebnis dieser Verhandlungen in der am 7. August stattfindenden Zeichenbesitzer-versammlung berichtet werden.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Neutralität.

Die Angestellten des freigewerkschaftlichen Schuhmacherverbands haben in einer Aussprache die gegenwärtige Lage der deutschen Arbeiterbewegung beraten und das Resultat dieser Beratung in nachstehender Entscheidung niedergelegt:

„Die am 10. Juli in Frankfurt a. M. tagende Konferenz der Angestellten des Zentralverbandes der Schuhmacher (Vorstands-, Bezirks- und Ortsbeamten) hat nach einer ausgiebigen Aussprache insoweit Stellung zu dem in der sozialdemokratischen Partei ausgebrochenen Konflikt genommen, als sie denselben aufs tiefste beklagt.

Ohne sich irgendwie in den Konflikt einzumischen, spricht die Konferenz die Erwartung aus, daß bei allen an den Differenzen Beteiligten die Einsicht die Oberhand gewinnt, daß es ein Unglück für die Arbeiterklasse sein würde, wenn eine Spaltung oder Zersplitterung der Partei die Folge dieses Konfliktes wäre. — Die Meinungslosigkeit ist ein Palladium der Partei und gewährt jedem Mitglied die Möglichkeit, seine Anschauungen innerhalb des Rahmens der Partei zum Ausdruck zu bringen. Dieses höchste und heiligste Recht soll keinem Mitglied, solange es auf dem Boden des Programms steht, beschränkt werden.

Als Gewerkschafter haben wir ein großes Interesse, daß die Einheit der stärksten Vertretung in den Parlamenten nicht gefährdet wird.

Vor allem haben wir als Gewerkschafter die Gefahr abzuwehren, daß der Parteifreie auf die Gewerkschafter übergreift. Es wird deshalb allen unseren Angestellten und Bevollmächtigten der Zahlstellen zur Pflicht gemacht, jeden Versuch zurückzuweisen, der unseren Verband in diesen Streit verwickeln könnte.

Unser Verband hat die Aufgabe, die kranke Lage unserer Mitglieber, wie sie sich durch die Kriegsteuerung entwickelt hat, zu mildern und zu bessern. Da die Reichs- und Landesgesetzgebung und die Maßnahmen des Bundesrates eine solche enorme Verteuerung aller Nahrungsmittel und unentbehrlichen Verbrauchsgüter nicht verhindern haben, die eine Unterernährung der ärmeren Volksschichten in sicherem Gefolge hat, erwartet die Konferenz von den Vertretern der Arbeiter im Reichstage und in den Landtagen, dem Elend und den Entbehrungen der Armen scharfen Ausdruck zu geben. Die Regierungen haben sicher die Mittel in Händen, dieser maßlosen Teuerung zu steuern. Es ist nicht angängig, daß gewisse Produzentenkreise und Spekulanten aus der Not des Volkes während des Krieges sich horrend Gewinne verschaffen. In einer Zeit, in welcher das Volk ungeheure Opfer für die Gesamtheit bringt, ist ein solches Gebahren geradezu verwerflich.“

Der Satz: „Vor allem haben wir als Gewerkschafter die Gefahr abzuwehren“ usw., entspricht durchaus der Stellungnahme, die die „Bergarbeiter-Zitung“ zu inneren Parteiangelegenheiten (sogar gleich, welche politische Partei in Frage kommt) einnimmt. Daß nun auch in Gewerkschaftskreisen, aus denen früher oft der engsten Verbindung von „Gewerkschaft und Partei“ das Wort geredet worden ist, die Gefahr einer solchen Verbindung erkannt wird, ist eine Genugtuung für jene, die den Satz: „Partei und Gewerkschaft ist eins“, ablehnten. Es versteht sich von selbst, daß man nicht etwa deshalb vor der genannten Gefahr warnen darf, weil man fürchtet, der Gewerkschaftseinfluß in der Partei würde sich zu ungunsten der Selbstbestimmtheit geltend machen. Anlaß zu der Annahme, dies immerhin etwas plötzliche Erkenntnis zur gewerkschaftlichen Neutralität habe einen bestimmten Zweck, liegt allerdings vor. Wenn nämlich u. a. die „Kürschner-Zeitung“ der freigewerkschaftlichen Vorständekonferenz vorwirft, sie habe sich durch ihre Verteilung der Quertreiber und Sonderbündler in „innere Parteifragen“ gemischt, damit die gewerkschaftliche Neutralität verletzt, so muß man doch fragen, wie ausgerechnet die „Kürschner-Zeitung“ dazu kommt, sich um die Wahrung der gewerkschaftlichen Neutralität zu kümmern! Dieses Gewerkschaftsblatt hat zu „inneren Parteiangelegenheiten“ häufig eine Stellung eingenommen, die uns berechtigt anzunehmen, die „Kürschner-Zeitung“ würde in einer Erklärung der Gewerkschaftsvorstände zugunsten der Quertreiber und Sonderbündler keine Neutralitätsverletzung gesehen haben. Wie wir denn überhaupt beobachten, daß Arbeiterzeitungen, die früher „Gewerkschaft und Partei“ nicht eng genug zusammenbringen konnten, jetzt auf einmal den Gewerkschaftsorganen, die sich gegen die Quertreiber in der sozialdemokratischen Partei wenden, auf die — gewerkschaftliche Neutralität verweisen. Kein übles Wägen-der-Verwechslungs-dich-Spielchen! Die gewerkschaftliche Neutralität, wie wir sie verstehen, mischt sich freilich nicht in innere Parteifragen, sie läßt sich aber auch von keiner Parteieinstellung vorschreiben, was die Gewerkschaft zu tun und zu lassen hat.

Internationale Rundschau.

Beurteilung Deutschlands durch einen englischen Arbeiterführer. Der englische Gewerkschafter Morel schreibt am Schluß einer Artikelserie im „Labour Leader“, der unbeirrt gegen die Kriegsführer kämpfenden Wochenchrift der Unabhängigen Arbeiterpartei:

„Es war allgemein bekannt, daß, wenn auf dem Balkan Meibereien zwischen Rußland und Oesterreich zum Kriege führen würden, Frankreich sich an Rußland gegen Deutschland anschließen, Deutschland also zwingen würde, gegen zwei Fronten zu kämpfen, Deutschland also Frankreich angreifen müßte und deshalb höchstwahrscheinlich durch Belgien marschieren müßte. Daraus folgt, daß Deutschlands Angriff auf Frankreich weder unnötig noch ungerecht war und also auch kein Beweis dafür ist, daß es Europa unterjochen wollte. Der unvermeidliche Anfang des Krieges war bedingt durch die Bundesgenossenschaften und Gruppierungen Europas. Das war Jahre vorher bekannt. Belgiens Befehdung durch Deutschland war so gut wie sicher. Der Militarismus ist kein deutsches Produkt. Dreißigjährige Jahre hat Deutschland das Schwert in der Scheide gelassen, während seine jetzigen Feinde Kriege geführt, überseeische Besitzungen erobert oder zu erobern versucht haben. Was die Kriegsbereitschaft anbelangt, so haben Rußland und Frankreich auf ihre Flotte in den letzten zehn Jahren etwa 160 Millionen Pfund mehr ausgegeben als Deutschland und Oesterreich-Ungarn zusammen, und ihre Flotte waren viel stärker als die deutsch-österreichisch-ungarischen. In derselben Zeit haben Rußland und Frankreich zusammen 70 Millionen Pfund mehr für ihre Flotte ausgegeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England, Rußland, Frankreich haben in den letzten zehn Jahren fast 462 Millionen Pfund mehr für ihre Flotten auszugeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und hat Deutschland mit Englands Flotte als Gegner gerechnet, was es wohl mußte. Die drei Staaten England

gesunden, Rußland und Frankreich anzugreifen und des Resultats sicher zu sein. Wäre es Deutschlands Ziel gewesen, England zu erobern, so hätte es während des Burenkrieges sich leicht mit Frankreich und Rußland verbündet können. Es gibt gute Gründe für die Annahme, daß Deutschland damals dazu aufgefordert wurde. Der Versuch, Deutschland für den Krieg verantwortlich zu machen, wird unseren Nachkommen lächerlich klingen.

Es ist sehr löblich, daß eine auch dem Gegner gerecht zu werden versuchende Beurteilung der Kriegsursachen und der Kriegsbereitnisse vorwiegend von sozialistischen Politikern und Publizisten unternommen wird, die der Arbeiterklasse angehören bzw. ihr direkt entstammen; während die Parole von dem „Durchhalten bis aufs Messer“ vorwiegend von sogenannten „Intellektuellen“ vertreten wird. So werden sich auch in Frankreich namentlich Gewerkschaftsführer wie M. C. Thorez und neuerdings Jouhaux gegen die von Randerhove, Gerbe, Guesde, Sembat, Wallant usw. propagierte „Verständigung des deutschen Militarismus und Imperialismus“. Als ob es außerhalb Deutschlands keinen Militarismus und Imperialismus gäbe! Morel hat dies als Engländer, der die gewalttätige und größtenteils gewalttätige Ausdehnung des britischen Imperiums sehr genau kennen muß, geradezu ausgesprochen. Jedes Volk hat unter sich auf einen kriegerischen Zusammenstoß hinführende Elemente. Warum aber dafür ausgerechnet Deutschland büßen soll, dessen kolonialer Besitz im Vergleich zu dem französischen, russischen und britischen gering ist, das ist nicht einzusehen. Wenn wir uns auch nicht als Deutsche von imperialistisch-militaristischen Sünden freisprechen können, so möchten wir doch allen Parteien und Gruppen, die schließlich Deutschland als „Wurzel des Übels“ anklagen, empfehlen, Morels Betrachtungen über die Kriegsursachen zu beherzigen. Das wird der Völkerverständigung mehr dienen als die abstoßenden Vermählungen, gleiches alles, was die Ausländer tun, sagen und schreiben, liebevoll zu bemängeln, um dafür mit größter Schärfe die „deutsche Sektion“ zu beschuldigen.

Knappschäftliches.

Wie geht es jetzt den Invaliden?

Aus Kameradentreffen wird uns geschrieben: Es ist alles so teuer! So hört man es aus aller Munde. Man kaufte früher für einen Zehnmarktschein mehr, wie heute für einen Zwanzigmarktschein. Sind doch die Lebensmittelpreise für die 15 Ernährungsstellen, die für den Arbeiter hauptsächlich in Frage kommen, um 90 Prozent gestiegen. Das ist beinahe das Doppelte. Daß unter diesen Umständen die Arbeiterfamilien den Schwachkranken immer enger schnallen müssen, wird wohl keiner bestreiten wollen. Ja, daß die Bergarbeiter mit ihrem Lohn nicht auskommen können, ist ebenfalls nur zu wahr. Daß aber die armen Knappschäftinvaliden mit ihrer geringen Pension ganz und gar nicht auskommen können, daran wird im allgemeinen nicht gedacht. Die alten Knappschäftinvaliden haben ja ihre Schuldigkeit getan und damit sind sie fertig. Alle Arbeiter verlangen höheren Lohn. Mit Recht! Von der Regierung wird zugegeben, daß der Lohn mit den Mehrausgaben für Lebensmittel nicht Schritt gehalten hat und darum erhöht werden mußte. An den armen Knappschäftinvaliden wird aber nicht gedacht. Die Knappschäftpension hat überhaupt in den letzten 40 Jahren mit den Mehrausgaben der Bergarbeiter keinen Schritt gehalten. Konnte doch ein Knappschäftinvalid erster Klasse vor 40 Jahren besser mit seinen 27,50 Mk. Pension auskommen, als der Knappschäftinvalid heute mit seinen 40 Mk. für 30 Dienstjahre. Deshalb müssen die meisten Knappschäftinvaliden, wenn sie eben noch kriechen können, wieder zur Bege gehen, um zu der fargen Pension noch etwas zu verdienen. Aber wie geht es den Knappschäftinvaliden, die nicht mehr zur Bege gehen können und keinen Nebenverdienst haben? Diese werden schon das letzte Loch im Schwachkranken erreicht haben. Die Bedürfnisse und Ausgaben der Beamten wurden berücksichtigt, die der Arbeiter aber nicht. So betrug die Pension vor 40 Jahren für eine dreißigjährige Dienstzeit in der ersten Arbeiterklasse 380 Mk. jährlich, jetzt 481 Mk.; die Steigerung beträgt 45,7 Prozent. Die Pension in der höchsten Beamtenklasse betrug vor 40 Jahren 594 Mk., jetzt 2498 Mk. für die dreißigjährige Dienstzeit; die Steigerung beträgt 320,2 Prozent. Den Verhältnissen der Beamteninvaliden wurde also Rechnung getragen, aber den Verhältnissen der Arbeiter nicht. Wenn das Sprichwort: „Ehre das Alter“ wahr sein soll, dann wäre es angebracht, den alten Invaliden auch eine Zuerkennungszulage zu bewilligen, damit sie diese schwere Zeit auch durchhalten könnten.

Mißstände auf den Gruben.
Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bege Ewald Fortsetzung. Hier gibt es infolge mangelnder Ordnung bei der Seilfahrt viel Unwohlheitsfuhler, worüber die ordnungsliebenden Arbeiter äußerst ungedulden sind. Weiter wird über die Unsauberkeit und mangelhafte Instandhaltung der elektrischen Grubenlampen geklagt. Oft kommt es vor, daß die Arbeiter schon nach wenigen Stunden im Dunkeln sitzen. Dadurch werden doch beide Teile geschädigt. Geklägt wird auch über die vielen Lampenreparaturkosten. Die Beamten achten sehr streng darauf, daß die Kohlenwagen betankt werden, obwohl die meisten Kohlen auf dem Transport doch herunterfallen oder vom Seil abgestreift werden, so daß die Bahnen verunreinigt werden. Obwohl sich die Arbeiter die größte Mühe geben, dem unerbittlichen Verlangen der Beamten zu entsprechen, wird noch wegen Mindermaß getrichen und bestraft. Das ist doch ein unhaltbarer Zustand. Hauptächlich in der südlichen Seilbahnstrecke könnte dafür gefordert werden, daß die Wassertrümpel verschwinden. Der Fahrsteiger R. versteht das Abziehen besser wie das Zuliegen, er will Schweiß sehen und sorgt schon dafür, daß die Seile nicht zu hoch stehen. Wenn er ebenso bejagt wäre, daß sie nicht zu niedrig stehen, ließe sich dagegen weniger jagen. So aber sind die Arbeiter über sein Verhalten teilweise sehr ungedulden. Geklägt wird auch über die vielen und harten Verstrafungen.

Bege Helene. Früher wurden hier die Fahrmarken kontrolliert, jetzt geschieht das nicht mehr und so ist das Fuheln eingetriffen. So kommt es, daß Arbeiter, welche mit den ersten Körben einfahren, erst mit den letzten Körben herauskommen. Selbstverständlich entsteht dadurch viel Neizer und Verdruß. Es ist daher notwendig, daß für Ordnung gefordert wird.

Bege Hermann I u. II. Die Strecken im unterirdischen Betriebe sind hier vielfach in einem sehr schlechten Zustande und das Passieren derselben ist teilweise mit Lebensgefahr verknüpft. Das ist nun weiter nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Reparaturdauer dreimal wöchentlich zum Kohlenwagen verwendet werden. Die notwendigen Reparaturarbeiten werden dadurch sehr vernachlässigt. Den Reparaturheuern, die sich meistens nicht mehr im Vollbesitz ihrer Kräfte befinden, wird bei der Kohlengewinnung jedesmal ein bestimmtes Quantum vorgegeschrieben, das sie zu liefern haben. Wehe ihnen, wenn es nicht erreicht wird, dann hagelt es nur so von unfähigen Krotkeln, Faulengeln, Dummköpfen, Drudebergern usw. Die Folge dieser Untertreibung ist, daß diese Leute nun die Kohlen nehmen, wo sie nur zu kriegen sind, h. h. der Betriebspunkt wird ausgetraubt. Holzschlägen unterbleibt vielfach, um nur der Schimpffanone zu entgehen. Die Morgensicht muß dann erst wieder richtig verbauen und aufräumen, um wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Die Reparaturdauer erhalten für die Seile, die sie vor Kohle arbeiten, nur ihren festgesetzten Schichtlohn. Der größte Mangel aber ist, daß die Reparaturdauer nicht über das erforderliche Maß zum Kohlenhauen verfügen. Da aber Leistung verlangt wird und ohne Gezüge nichts zu machen ist, wird aus der Not eine Tugend gemacht. Die Schöpfer der Gezüge werden erbrochen. Viel Gezüge geht verloren. Die Hauer sind jedoch hartbar, und ist es schon so weit gekommen, daß sie das Gezüge am Schluß der Schicht irgendwo in der Strecke vergraben und der Gezügehülse gar nicht mehr anvertrauen. Wir fragen: Ist der Verwaltung von alledem nichts bekannt? Wenn ja, warum wird dann nicht dafür gefordert, daß Abhilfe geschaffen wird? Mit dem Lampenwesen liegt es auch vielfach sehr im Argen. Es sind elektrische Lampen eingeführt, die zum Teil nicht brennen und leicht verlöschen. Damit die Arbeiter nun nicht im Dunkeln sitzen müssen, sind den einzelnen Revieren eine Anzahl Mejerbelampen zugeteilt. Da bei Ausbahrung der Mejerbelampen keine Kontrolle vorhanden ist, werden diese vielfach bemangelt. Den Schäden hieron hat direkt

die Bege, aber indirekt die Belegschaft, weil die entstehenden Lückosten auf die eine oder andere Art wieder herausgeholt werden, unter Umständen in Form von Lohnabzügen. In der letzten Arbeiterauskunftserklärung der Generaldirektor Wiltfort, daß der Kohlenhauerlohn im Mai 7,08 Mk. betragen habe, mithin dieses der höchste Lohn im Bezirke sei. Wir wollen nicht untersuchen, ob das richtig ist, aber es gibt doch zu denken, daß das Voranschreiben so stark in Wille steht. Es ist wiederholt vorgekommen, daß Beamte zu den Arbeitern gesagt haben: „Wenn ihr nicht auskommen könnt, dann nehmt euch doch Vorbehalt.“ Machen nun die Arbeiter von diesem unerbetenen Gebrauche, so werden ihnen auf der anderen Seite Vorhaltungen gemacht, Epstein gelesen, daß sie nicht wirtschaften können; diejenigen, die Vorbehalt nehmen, seien durchweg Dumelanten usw. Ist es doch vorgekommen, daß der Betriebsführer einem Arbeiter einen Vorbehalt geschrieben hat, auf dem Rechnungsbureau wurde der Kumpel aber barsch abgelesen. Was sind das für Zustände? Bei der Lohnauszahlung herrscht die größte Unordnung. Das Barometer ist dann meistens auf Sturm gestellt. Die Auszahlung geht sich in der Regel bis 4 Uhr nachmittags hin. Ein großer Teil der Mittagschicht kann dann nicht mehr anfahren. So entstehen die vielen Fehlerschichten, von denen Herr Syndikus Hirsch in der Haushaltungskommission des preussischen Landtages berichtete; danach waren im 1. Quartal d. J. im Oberbergamtsbezirk Dortmund rund 500 000 Fehlerschichten zu verzeichnen. Auch und gewordenen Mitteilungen soll der Betriebsführer Meier dem Rechnungsführer Ober, der auch gleichzeitig als zweiter Direktor fungiert, Vorhaltungen gemacht haben, daß mit der Auszahlung des Lohnes früher begonnen werden müsse, damit die Mittagschicht noch rechtzeitig anfahren könne. Hierauf soll der Rechnungsführer dem Betriebsführer geantwortet haben: „Das geht Sie gar nichts an, Sie haben sich um die Lohnauszahlung nicht im geringsten zu kümmern. Bemühen Sie sich nur um Ihre Grubenverhältnisse, daß dort die Sache klappt.“ Wir erwarten, daß so bald wie möglich Verrückung geschaffen wird. Das liegt nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch in dem der Begebenverwaltung.

Bege Königsborn III u. IV. Am 28. Juli verunglückte der Hauer Gustav Wochel durch Sturz in die Strecke tödlich und der Hauer Heinrich Nofer erlitt einen Beinbruch. Die Untertreibung ist sehr groß, das Gebirge aber stellenweise so niedrig, daß ein ausreichender Lohn nicht verdient werden kann. Es wird auch viel darüber geklagt, daß die Löhne nicht ausreichen sind, von Zuerkennungszulage ist keine Rede. Der Arbeiterauskunftsbuch besteht nur noch aus zwei Mann. Viele Sicherheitsmänner fehlen, sie stehen entweder im Felde, sind tot oder verzoogen, aber eine Neuwahl erfolgt nicht. Auch über viele und harte Strafen wird geklagt; einzelne Arbeiter haben schon 12 Mk. Strafe in einem Monat gehabt. Wir meinen, das ist doch des „Guten“ entziehen zu viel.

Aus dem Kreise der Kameraden.
Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Lohn- und Arbeiterfragen in Versammlungen.

Wiederholt ist unseren Mitgliedern die Abhaltung von Versammlungen nur unter der Bedingung gestattet worden, daß Lohn- und Arbeiterfragen nicht erörtert würden. So erteilte die Polizeiverwaltung in Wuer unserem Bezirksleiter Heinrich Rahm folgenden Bescheid:

„Die nachgedachte Genehmigung zur Abhaltung der Mitgliederversammlung im Lokale des Wirtes Brudenbrod am Sonntag, den 18. Juli 1915, vormittags 10 Uhr, wird unter der Bedingung erteilt, daß nicht die Lohn- und Arbeiterfragen, Kriegsziele und überhaupt die der Presse entzogenen Gegenstände erörtert werden. Den Anordnungen der überwachenden Beamten ist unbedingt Folge zu leisten.“

Wuer i. W., den 16. Juli 1915.

Die Polizeiverwaltung. J. W.: (Name unleserlich.)

Am 20. Juli wandte sich unser Vorstand deshalb mit einer Beschwerde an das Generalkommando des 7. Armee Korps und erhielt folgenden Antwort:

„Münster, den 24. Juli 1915.“

Wie mehrfach mitgeteilt, steht das Generalkommando nicht auf dem Standpunkt, daß eine Versammlung zu versagen sei, weil Lohn- und Arbeiterfragen in ihr besprochen werden sollen. Dieser Standpunkt ist den Herren Regierungspräsidenten mitgeteilt worden und wird gleichzeitig der Polizeiverwaltung in Wuer noch einmal eröffnet. Von Seiten des stellb. Generalkommandos für den Chef des Stabes: Pfeffer, Hauptmann.“

Ueberladen der Kohlenwagen auf Zeche Hermann 1 und 2.

In letzter Zeit haben wir uns wiederholt mit den Verhältnissen auf dieser Schachtanlage befaßt müssen. In Nummer 14 der „Bergarbeiter-Zeitung“ teilten wir mit, daß für nicht genügend mit Kohlen beladene Wagen nicht nur die Arbeiter sondern auch die Beamten bestraft würden. Am 26. Februar d. J. haben dort sämtliche Grubenbeamten einen Revers unterschreiben müssen, wonach dem Reviereleiter 50 Pfg. und den Unterbeamten 25 Pfg. für jeden nicht genügend geladenen Wagen vom Lohne in Abzug gebracht werden. Es war nun bezaunzusehen, daß die Beamten alles daran setzten würden, um die Arbeiter unter allen Umständen zur Ueberladung der Wagen zu veranlassen, um so der Bestrafung zu entgehen. Die Arbeiter erhielten für die dadurch entstehende Mehrleistung jedoch keine entsprechende Erhöhung der Bege. In Nr. 27 der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir dann unter Anführung einer Anzahl von Gründen darauf hingewiesen, daß trotz des hohen Aufwandes der Stücklohn über den Gegenstand es doch unmöglich sei, daß die Wagen so an die Oberfläche kommen könnten, wie es gewünscht und verlangt wurde. Wir hatten dann weiter darauf hingewiesen, daß auf dieser Grube außerdem das Umwerfen der Kohlenwagen zum Zwecke der Nachfüllung an der Tagesordnung sei. So wurden im Mai und Juni d. J. einer Kameradschaft 74 Kohlenwagen zum Nachfüllen gelippt. Die Kameradschaft erhielt als Bege pro Wagen 1,20 Mk., so daß sie durch das Klippen einen Lohnausfall von 88,80 Mk. zu verzeichnen hatte. Einer anderen Kameradschaft wurden in demselben Zeitraum 91 Wagen gelippt; sie hatte einen Lohnausfall von 109,20 Mk.

Wir hatten auch darauf hingewiesen, daß der Minister für Handel und Gewerbe, Herr Dr. Sydow, in einem Erlaß an das Oberbergamt Dortmund das Umwerfen von Kohlenwagen in dem von uns bezeichneten Sinne als mit den gesetzlichen Vorschriften im Widerspruch stehend bezeichnet hat und sollten die Begebenverwaltungen von den Bergbehörden darauf hingewiesen werden. Wie uns nun mitgeteilt wird, ist der Artikel in Nr. 27 unserer Zeitung den Beamten in einer Konferenz vorgelesen worden mit dem Bemerkten, daß hier unbedingt die Beamten mit den Arbeitern unter einer Decke liegen müßten. Form und Inhalt des Artikels liegen darauf schließen. Glaubt Herr Meier vielleicht, daß die Beamten mit diesem rigorosen Strafsystem einverstanden sind? Wenn ja, dann müßte Fischblut in ihren Adern tollen, selbst ein Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Die Beamten sagen es auch frei heraus: „Es ist gut, daß der Artikel in der „Bergarbeiter-Zeitung“ erschienen ist, wir haben genug Klammotten als Strafe dieserhalb berappen müssen.“ Der Betriebsführer gab dann weiter bekannt, daß eine neue Verfügung vom Oberbergamt erlassen sei. Nach dieser dürfen Kohlenwagen zum Nachfüllen ruhig weiter umgeworfen werden, aber stets nur von einer Nummer, d. h. ein Kohlenwagen, der nicht genügend beladen ist, kann nachgefüllt werden, aber nur mit Kohlen von derselben Wagennummer. Um dieses durchzuführen, werden jetzt in den einzelnen Revieren sogenannte Kippstellen hergerichtet; so sind im Revier 6, Verbindungsstrecke, Ort 2, zwei Kippstellen hergerichtet, am alten Stapel in demselben Revier gleichfalls zwei zum Nachfüllen der Kohlenwagen. Hier kommen vier Betriebe in Frage und ebenso viele Kippstellen sind hier jetzt vorhanden. Im Revier 10 hat man dagegen von Errichtung der Kippstellen Abstand genommen, weil man zu viele errichten müßte. Hier werden also keine Wagen umgeworfen, es geht eben auch ohne dem. Uns ist bis jetzt von einer Verfügung des Oberbergamtes, wonach Kohlenwagen zum Nachfüllen weiter umgeworfen werden können, nichts bekannt geworden. Sollte aber eine solche Verfügung herausgegeben sein, und die Errichtung von Kippstellen spricht dafür, so steht dieselbe mit dem Erlaß des Ministers in striktem Widerspruch. Wir eruchen unsere Kameraden, die auf Begeben arbeiten, wo das Nachfüllen bis jetzt gehandhabt wurde, uns mitzuteilen, ob auch dort in neuerer Zeit Kippstellen zum Nachfüllen hergerichtet werden.

Deutscherische Kriegsunterstützung.

Nach dem Bericht des Allgemeinen Knappschäftsbereins waren im Jahre 1913 im Ruhrbergbau 28 548 Deutscher und Ungarn beschäftigt. Diese Zahl wird bis zu Beginn des Krieges wohl noch gestiegen sein. Hinzu kommen die im innerdeutschen und in den anderen Bergbaubereichen Deutschlands beschäftigten Deutscher und Ungarn. Schätzungsweise werden aus dem gesamten deutschen Bergbau mindestens 20 000 Deutscher und Ungarn einbezogen sein, davon sind wohl über die Hälfte verheiratet.

Die Kriegsunterstützung der Familien der im Ausland wohnenden Deutscher ist durch das Gesetz vom 28. Dezember 1912 festgelegt. Die für die inneren Bezirke Deutscherlands und Ungarns festgelegten Sätze haben für die in Deutschland wohnenden Familien keine Gültigkeit. An diese wird gezahlt: Für die Frau und für jedes über acht Jahre alte Kind pro Kopf und pro Tag 120 Heller und für jedes unter acht Jahren alte Kind 60 Heller (1 Heller = 1/10 Pf.). In diesen Sätzen ist der Mietzinsbeitrag mit enthalten.

Außer Frau und Kindern haben auch Eltern, Großeltern, Stiefeltern, Schwiegereltern, Geschwister, Stiefkinder und uneheliche Kinder einen Anspruch auf Unterstützung, erhalten eine solche aber nur dann, wenn der Einberufene wesentlich zum Unterhalt der Angehörigen beigetragen hat und diese ohne Unterstützung nicht auskommen können. Die Unterstützung beginnt mit dem Tage der Einberufung. Es wird also auch die Meisezeit mit bezahlt.

Der Anspruch auf Unterstützung besteht auch, wenn der Kriegsteilnehmer in einem Lazarett oder in einer Erholungsanstalt untergebracht oder in Gefangenschaft geraten ist. Ist er aber gefallen, dann wird die Unterstützung noch für sechs Monate nach dem Tode gezahlt. Der Unterhaltsbeitrag darf für alle Familienangehörigen zusammen den durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienst des Einberufenen nicht übersteigen.

Zusätzlich besteht noch der so wenig bekannte § 5 Abs. 8 des Gesetzes, nach welchem, wenn infolge des Vorhandenseins vieler Familienmitglieder die Unterstützung hoch kommt, dafür, daß der Kriegsteilnehmer nicht mehr zu Hause mit ihm, ein angemessener Betrag abgezogen werden kann. Die Familien sollen sich ohne den Kriegsteilnehmer nicht besser stellen als mit demselben.

Der Unterhaltsbeitrag wird nicht durch das Konsulat — dieses gibt die Sache nur weiter —, sondern durch die für die Heimatsgemeinde des Einberufenen zuständige Landesunterstützungskommission festgesetzt. Mehrere dieser Landesunterstützungskommissionen haben bisher, wohl infolge Mischsprache, auf die eingetretene Verzögerung, für den ausgefallenen Unterhalt des Einberufenen nichts abgezogen, andere laden das aber doch, und daher kommt es, daß bei Familien mit gleicher Kopfzahl die Unterstützung verschiedene hoch ist. Ob der § 5 angewendet wurde, erfährt man aus dem Zahlungsbogen. Ein solcher muß sämtlichen Familien der Kriegsteilnehmer ausgestellt werden und sollte man ihn nötigenfalls auf dem Konsulat reklamieren. H. A.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 32. Woche (vom 1. bis 7. August 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie sich beim Umzug in der Poststelle oder von einer Poststelle zur anderen beim Vertrauensmann um bezw. an- und abzumelden haben. Diese Pflicht wird leider von vielen Mitgliedern vernachlässigt. Wir bitten dringend um Beachtung.

Berne a. d. Lippe. Nach Prüfung des Mitgliedsbuches des Kameraden Sahn hat sich herausgestellt, daß die Verleumdung, Kamerad Seebacher habe einen Teil des Geldes, welches er von Frau Sahn zum Einkleben von Karten erhalten habe, unterschlagen, unwahr ist. Poststelle Berne a. d. Lippe, den 25. Juli 1915.

Ludwig Künster, Josef Köfel, Paul Köhner. Die Bezirksleitung. J. W.: Karl Martenberg.

Rechtsschutz betreffend.

Bezirk Velfentkirchen. Wegen Krankheit des Sekretärs ist das Arbeitersekretariat geöffnet nur noch am Dienstag und Freitag, morgens von 9 bis 11 und nachmittags von 5 bis 7 Uhr.

Bezirk Unabed. Das Arbeitersekretariat, Karlstraße 5, ist nur noch Mittwoch und Donnerstag geöffnet und zwar von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 4 bis 6 Uhr nachm. Wir bitten, das zu beachten.

Mosenay. Rechtsschutz wird jeden Mittwoch, nachmittags von 2 bis 6 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer erteilt.

Medlinghausen. Die Sprechstunden finden an folgenden Tagen statt: Donnerstag und Freitag nur vormittags von 9 bis 12 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr vorm. und von 3 bis 6 Uhr nachm. An den anderen Tagen und Zeiten ist das Bureau geschlossen. Wir bitten die Mitglieder dieses zu beachten, damit unnötige Wege erspart bleiben.

Bibliotheken.

Gerden. Die Bibliothek befindet sich in der Wirtschaft Krümmel, Kaiserstraße, und ist jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr geöffnet. Die früher ausgegebenen Legitimationskarten haben noch Gültigkeit, zugleich muß auch das Mitgliedsbuch der gewerkschaftlichen oder politischen Organisation vorgezeigt werden. Der Aktionsausweis.

Spilthausen-Würzig. Die Bibliothek befindet sich beim Kameraden Müller, Viktoriastraße 23.

Bücherrevisionen.

In folgenden Poststellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

- Berge-Worbeck. Rom 10. bis 25. August.
- Riebornwienigen. Am 8. August.
- Langenbochum. Rom 1. bis 26. August.
- Essen-Ost und Essen-West. Alle Poststellen der beiden Essener Bezirke werden ersucht, baldigst überall Bücherrevisionen anzuordnen.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Poststellen das Krankengeld erhoben werden:

- Gerne III. Da sich die Poststelle Gerne III mit Gerne II verschmolzen hat, findet die Auszahlung der Krankenunterstützung auch für die Kameraden der bisherigen Poststelle Gerne III beim Vertrauensmann Franz Schumann in Gerne, Strümpferstr. 150, statt. Mengebe. Beim Kam. Anton Krajewinski, Hansemannstr. 77 II. Fremmingen (Vofhr.). Beim Kameraden Aug. G. Bödel, Sandstr. 9. Merlenbach (Vofhringen). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat beim Kameraden Faber, Kirchenstr. 49.

Sterbetafel

- Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:
- Heinrich Langner, Rier.
 - Heinrich Robamer, Rier.
 - D. Schilbhauer, Altgendortmund.
 - Wih. Landskrüner, Sommerberg.
 - Gustav Albin Loh, Lichtenstein.
 - Edwald Nodmuth, Gehrbrunn.
 - Simon Mohr, Garpen.
 - Otto Stang, Garpen.
 - Jacob Fuchs, Altenbögg.
 - Heinrich Schacht, Kirchhörde.
 - Friedrich Daum, Wattensteib I.
 - Karl Wolanski, Wattensteib I.
 - Sermann Wittner, Hassel.
 - Thomas Lohsch, Hassel.
 - Konrad Fühler, Gasshof II.
 - Robert Stägmeyer, Hausbaum.
 - Bruno Max Thomas, Regis.
 - Edwald Marix, Kückenberg.
 - Jgnaz Sobriak, Kückenberg.
 - Raul Frische, Gärten.
 - Otto Leopold, Bippendorf.
 - Nichard Müller, Ahlen.
 - Wenzel Wefel, Ahlen.
 - Karl Schreiber, Marl.
- Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!